

Griechenland hat gewählt und SYRIZAs Wahlerfolg beflügelt in ganz Europa die Linke

Es waren vorgezogene Neuwahlen in Athen – fast schon eine Normalität im politischen Griechenland seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise – an diesem denkwürdigen und bislang für die politische Linke in Europa einzigartigen 25. Januar. Die linke Sammlungspartei SYRIZA mit ihrem Spitzenkandidaten Alexis Tsipras verfehlte zwar denkbar knapp – um zwei Sitze – die parlamentarische absolute Mehrheit, konnte aber alle Vorwahlforschungen bestätigen und wurde mit über 36 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei im Lande.

Die bislang regierenden und als Oligarchie im Land geltenden Konservativen der Nea Dimokratia (ND) blieben sogar unterhalb der 30-Prozentmarke und mussten damit schließlich die Regierungsgeschäfte an SYRIZA abgeben. Ob sie damit auch die Macht im Lande abgegeben haben, werden vor allem die kommenden Monate zeigen.

Griechenland ist gekennzeichnet durch Korruption in Politik und Wirtschaft und durch eine zunehmend und rasant anwachsende Schicht von Menschen die in Armut leben. Tsipras und seine Partei haben sich aufgemacht, diesen Zustand zu beenden, Armut zu bekämpfen und der Oligarchie Einfluss und Macht zu nehmen. Um dies in einer stabilen Regierung angehen zu können, war die griechische Linke jedoch auf einen Koalitionspartner angewiesen. Die ebenfalls im Parlament vertretende Kommunistische Partei (KKE) schloss eine Unterstützung von SYRIZA kategorisch aus. Mit den alten ND-Eliten und sozialdemokratischer PASOK konnte und wollte Tsipras nicht regieren. Die Auswahl war also beschränkt und so bildete sich ein Regierungsbündnis mit der national-konservativen ANEL-Partei. Dies hat vor allem unter Linken in Europa und den Medien in Deutschland für viel Gesprächsstoff gesorgt. Und für wahr: Man sollte nicht dem Fehler erliegen, sich diese Rechtspopulisten schön zu reden, nur weil durch sie SYRIZA die Regierung anführt. ANEL ist eine homophob, migrantenfeindlich und wenig sozial ausgerichtete Partei. Dennoch stellen auch sie sich den Diktaten der sogenannten Troika entgegen. Dies ist der verbindende und zu-

gleich auch kleinste gemeinsame Nenner beider Regierungsparteien. Und wie es aussieht, scheint die Rolle des Juniorpartners von SYRIZA marginal zu sein, auch was die Innen- und Zuwanderungspolitik angeht.

Besonders groß war die Empörung über das Regierungsbündnis hierzulande bei CDU/CSU, die eine neue Querfront zwischen Links und Rechts ausgemacht haben wollen. Ihnen möchte man in Erinnerung rufen, dass die ANEL eine Abspaltung der konservativen Nea Dimokratia ist und diese wiederum zu den Schwesterparteien der CDU/CSU auf europäischer Bühne gehört.

Vor wenigen Tagen erst stellte Regierungschef Tsipras seine politischen Vorhaben im Parlament vor, reist seitdem von einem EU-Mitgliedsstaat zum nächsten, um für dieses international zu werben. Bereits in den ersten Tagen sind zahlreiche wie weitreichenden Entscheidungen in Athen getroffen worden. So wurde die Privatisierung des Hafens von Piräus zurückgenommen, die Mindestrente und der Mindestlohn angehoben, entlassene Mitarbeiter der Öffentlichen Dienstes wieder eingestellt, die Polizei bei Demonstrationen „entwaffnet“ sowie ein detailliertes Programm zur Bewältigung des Staatsdefizites verabschiedet. Nicht ohne erste Erfolge. EU-Kommissionspräsident Juncker denkt nach dem Rauswurf der Troika aus Griechenland nun laut über eine Auflösung dieser nach, Italiens Regierungschef Renzi und Frankreichs Staatspräsident sympathisieren vorsichtig und Österreichs Außenminister solidarisiert sich offen mit der Politik Athens. Europaweit wirkt die Linke elektrisiert, organisiert den internationalen Austausch über die neue Politik in Griechenland und findet sich in neuen Bündnissen gegen die Austeritätspolitik Europas zusammen. Die Linke zeigt sich mit den Menschen in Griechenland solidarisch und diese stehen nach neuesten Umfragen zu 80 Prozent hinter den Vorhaben der dortigen Linksregierung. Soll aber die Regierung Erfolg haben und ihre Strahlkraft in andere Länder des Kontinents behalten, soll aber Griechenland weiterhin zeigen, dass

es „Alternativen zur Politik von Merkel“ gibt, dann muss die Linke in Europa, vor allem auch in Deutschland verstehen, dass sie nun selbst aktiv werden muss. Raus aus der Zuschauer- und Applaushaltung. Wann, wenn nicht jetzt?

Eine ausführliche Analyse der Wahlen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen. <http://www.rosalux.de/publication/41089/die-hoffnung-kommt-zurueck-nach-griechenland-und-damit-nach-europa.html>

*Dominic Heilig,
Mitarbeiter der Bundestagsfraktion*

Inhalt:

Seite 1
Griechenland hat gewählt und SYRIZAs Wahlerfolg beflügelt in ganz Europa die Linke

Seite 2
10 Jahre Hartz IV – Arbeitsmarktpolitik und gesellschaftlicher Umbruch

Seite 3
Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz

Traditionelle Gedenkveranstaltung in Hecklingen
Seite 4
Ein spürbarer Wandel vollzieht sich – Zur aktuellen Situation im Stadtrat Nienburg

Monatliche Veröffentlichung zur Situation Asylbewerber und Flüchtlinge geplant

Seite 5
Oben: Dicker Scheck für Kinder im SOS-Beratungszentrum

Löderburger SeniorInnen besuchen den Landtag

Seite 6
Staßfurter Büroeröffnung mit großer Resonanz

Unten: kommt noch

Seite 7
Ortsverband der Linken Saale-Wipper traf sich in Alsleben

50.000 gegen industrielle Landwirtschaft

10 Jahre Hartz IV – Arbeitsmarktpolitik und gesellschaftlicher Umbruch

Die Hartz IV-Reformen haben die Republik drastisch verändert. Darüber sind sich alle einig. Während aber die CDU sie als großen Erfolg feiert und die SPD die Reform im Grundsatz immer noch für richtig hält, misst DIE LINKE die Hartz IV-Reform an ihren eigenen Ansprüchen.

Die Reform hatte den Anspruch, dass die Leistungen deutlich über der Sozialhilfe liegen sollten. Die Hartz IV-Kommission hatte einen Regelsatz von 511 € vorgeschlagen. Nach mehreren Anhebungen liegt er zurzeit bei 399 €. Armut per Gesetz haben wir dazu gesagt – nicht zu Unrecht!

Die Reform hatte den Anspruch, Menschen aus der Sozialhilfe herauszuholen. Tatsächlich gelten aber fast alle Grundsätze der Sozialhilfe weiter. Die Regeln für die Angemessenheit von Wohnraum und Quadratmeterpreise gelten weiter, für angemessene Kosten für Heizung und Warmwasser, bei besonderen Hilfen, bei Erstaustattungen für Neugeborene usw.

Anspruch war es, allen Arbeitslosen die Instrumente des Arbeitsmarktes zugänglich zu machen. Tatsächlich waren den SGB II-Empfängerinnen von Anfang an nicht alle Instrumente der Arbeitsförderung aus der Arbeitslosenversicherung zugänglich. Von Anfang an gab es für Hartz IV-Empfängerinnen Sonderinstrumente wie die 1-€-Jobs. Dazu kamen die Abschaffung von ABM und Arbeitsgelegenheiten. Das heißt, der Zugang zur Arbeitsförderung wurde sogar noch weiter eingeschränkt und erschwert. Innerhalb von fünf Jahren, dürfen Betroffene nur noch zwei Jahre in Maßnahmen zugewiesen werden. Die Eingliederungsmittel wurden mit dem Hinweis auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit drastisch verringert. Zwischen 2012 und 2014 verringerte sich die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt von etwas über auf etwas unter 10 %. Die Eingliederungsmittel gingen im gleichen Zeitraum um über 50 % zurück.

Die Reform erhob den Anspruch, Leistungen aus einer Hand anzubieten. Leistungen aus einer Hand gibt es nirgends, schon deshalb nicht, weil die Nachrangigkeit der Hartz IV-Leistungen viele Betroffene zur Antragstellung an allen möglichen Stellen zwingt.

Muss etwas zu dem hehren Anspruch von Fördern und Fordern gesagt werden? Nichts Positives jedenfalls.

Übrig bleibt von der groß angekündigten Arbeitsmarktreform die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Die Arbeitslosenhilfe,

Respekt: Mindest- Sicherung statt Hartz IV!

DIE LINKE.

www.100-Prozent-sozial.de

Foto: privat

in der Qualifikation und langjährige Tätigkeit immerhin noch eine Rolle gespielt haben. Übrig bleibt, dass die Armutsquote unter den Erwerbslosen massiv gestiegen ist. Übrig bleibt, dass sich an der Kinderarmut nichts geändert hat. Die MZ hat am Mittwoch noch getitelt: Weniger arme Kinder! Das trifft aber nicht zu. Kurz nach Inkrafttreten von Hartz IV waren 26,7 % von Armut betroffen. Zwei Jahre später waren es 31,5 % und heute sind wir bei dem Niveau von 2005 – etwa 26 %. Die Kinderarmut ist ein strukturelles Problem.

Übrig bleibt vor allem eine weitere Ausweitung des Niedriglohnssektors. Der wurde durch Hartz IV zwar nicht geschaffen, aber befördert. In Sachsen-Anhalt profitieren 285.000 Beschäftigte vom Mindestlohn, 34 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (15 % mehr als im Bundesdurchschnitt). Und das hat damit zu tun, dass die Angst vor dem Fall in das Hartz IV-System die Menschen dazu gebracht hat, jede Arbeit anzunehmen und das zu jedem Preis.

Übrig bleibt, dass heute Menschen Arbeitslosengeld II bekommen, die gar nicht arbeitslos sind. Sie können den Bedarf ihrer Familie nicht aus eigener Kraft decken und das Prinzip der Bedarfsgemeinschaft macht sie zu Hilfeempfängerinnen und da-

mit zur Zielscheibe von Diskriminierung.

Übrig bleibt die Angst vor diesem System. Angst davor, arbeitslos zu werden und innerhalb kurzer Zeit als Hilfeempfängerin dazustehen. Existenzangst, die vor allem jene umtreibt, die noch etwas zu verlieren haben. Die Angst, in Hartz-IV zu fallen treibt die Bereitschaft Konzessionen zu machen in die Höhe.

Jede und jeder der das System erlebt hat weiß, wie schnell man stigmatisiert wird. Die Studentin, die nur deshalb in Hartz IV fällt, weil sie Mutter geworden ist. Der junge Familienvater, der nicht arbeitslos ist, dessen Familie aber durch zwei kleine Kinder und eine Frau komplettiert wird. Die ehemalige Arbeitslose, die es als größten Gewinn ihres Arbeitsplatzes empfindet, dass sie „weg vom Amt“ ist. Sie alle berichten von Begegnungen im Jobcenter, die von Verachtung, Druck oder Gleichgültigkeit geprägt waren.

Übrig bleibt vor allem die Spaltung der Gesellschaft. Es entstehen Parallelgesellschaften, in denen die einen auf Tafeln, Kleider- und Möbelbörsen angewiesen sind und die anderen sich von privaten Sicherheitsunternehmen

ihren Wohlstand bewachen lassen. In der die Wahlbeteiligung in Halle sich signifikant unterscheidet zwischen der Silberhöhe und dem Paulusviertel. Keine gute Entwicklung für das Funktionieren der Demokratie. Diejenigen, die länger im Bezug bleiben, müssen sich arrangieren. „Aber je stärker sie ihre Lebensplanung und ihren Lebensstil verändern, desto stärker unterscheiden sie sich vom Rest der Gesellschaft. Die Langzeitarbeitslosen werden so zur Zielscheibe der anderen und ziehen sich aus der Öffentlichkeit zurück. Sie werden unsichtbar.“ (Klaus Dörre)

Die LINKE bekräftigt noch einmal ihre Forderung: Hartz IV muss weg! Eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung muss an seine Stelle treten. Es braucht die Anhebung des Mindestlohns ohne Ausnahmen. Die Durchsetzung von gut bezahlter, sozial abgesicherter, unbefristeter Arbeit muss Richtschnur des Handelns von Politik sein. Der Schutz durch die Arbeitslosenversicherung muss nachhaltig verbessert werden und ein Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Integrationsleistungen durchgesetzt werden.

MdL Sabine Dirlich,
Sprecherin für Sozial- u. Arbeitsmarktpolitik sowie SeniorInnenpolitik

Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz

Am 27.01.2015 fand in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Schönebeck eine gemeinsame Veranstaltung der LINKEN, der IG Metall und der SPD statt. Anlass war der 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz. Neben ca. 60 TeilnehmerInnen waren auch die Landtagsabgeordnete Sabine Dirlich und, in Vertretung der Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein, ihr Wahlkreismitarbeiter Torsten Hans anwesend.

Genossin Beier eröffnete die Veranstaltung und erinnerte daran, dass die Sowjetarmee vor 70 Jahren das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit hat. Im Jahr 1996 erklärte der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Tag zum Nationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus und die UNO erklärte 2005 diesen Tag zum Internationalen Gedenktag. In zahlreichen Veranstaltungen im In- und Ausland wurde der Opfer gedacht. Genossin Beier bat alle Anwesenden sich von den Plätzen zu erheben und eine Schweigeminute zum Gedenken an alle Opfer des Faschismus einzulegen. Sinn der Veranstaltung war jedoch nicht nur der Opfer zu gedenken, sondern begreiflich zu machen, warum es zu dieser Massenvernichtung kam und wie die Täter zur Verantwortung gezogen wurden. Um diesen Fakt näher zu bringen, war zur Veranstaltung der Rechtsanwalt Ralph Dobrawa als Referent eingeladen. Er hat sich jahrelang mit dieser Problematik beschäftigt und stellte sein Buch „Der Auschwitz Prozess - Ein Lehrstück deutscher Geschichte“ vor. Am 30. Dezember 1963 begann in Frankfurt am Main ein Strafverfahren gegen 22 SS-Angehörige, fast 2 Jahrzehnte nach der Be-



Foto: privat

Christa Beier mit dem Referenten
Ralph Dobrawa

freiung der verbliebenen Gefangenen des Vernichtungslagers Auschwitz. Zu dieser Zeit und auch vorher gab es in der Bundesrepublik kein großes Bedürfnis, sich mit den Verbrechen der Nazis auseinander zu setzen. Dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer war es maßgeblich zu verdanken, dass diese Auschwitz-Täter überhaupt ausfindig gemacht und angeklagt wurden. Als Vertreter der Nebenklage war der Rechtsanwalt aus der DDR Friedrich Karl Kaul tätig. In seinem Vortrag erläuterte Genosse Dobrawa auch die sehr unterschiedliche Herangehensweise in der BRD und der DDR in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus und deren Exponenten. In der DDR gehörte die juristische Auseinandersetzung mit den Nazitätern auf die Tages-

ordnung, während in der BRD im Jahre 1951 ein Gesetz beschlossen wurde, welches Beamten, die 1945 ihre Stellung verloren hatten, eine Rückkehr in den öffentlichen Dienst ermöglichte, egal ob sie aktive Nazis oder nur Mitläufer waren.

Genosse Dobrawa, der bereits als Jugendlicher den Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul kennen gelernt hatte, ging in seinem Vortrag auch auf dessen Rolle im Auschwitz-Prozess ein.

Als Genosse Dobrawa aus seinem Buch einige Textpassagen von Tätern, die angeblich nichts wussten, und von Überlebenden, die grausige Erlebnisse hatten, vorlas, war es ganz still im Raum. Es ist vielen unvorstellbar, was Menschen antun können.

In der anschließenden Diskussion waren die TeilnehmerInnen erschüttert darüber, dass 58 % von befragten Personen einen Schlussstrich unter die Geschichte ziehen wollen. Sie hoben hervor, dass diese Gedenken nicht enden sollen - das sind wir den Millionen Opfern schuldig.

Christa Beier,
Ortvorsitzende DIE LINKE Schönebeck

Traditionelle Gedenkveranstaltung in Hecklingen

Zum 20. Mal trafen sich auf Einladung unserer Partei und des Bürgermeisters der Stadt Hecklingen Bürgerinnen und Bürger auf dem Friedhof. Sie wurden begrüßt vom Vorsitzenden des Ortsverbandes der Partei Manfred Teela.

Zuvor hatten der Bürgermeister Kosche und er Kränze an der Gedenktafel niedergelegt.

Anlass für die alljährliche Gedenkveranstaltung war die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee.

In seiner Rede zum 70. Jahrestag der Befreiung verdeutlichte der Vorsitzender der Wählergemeinschaft Hecklingen, Herr Klaus Riederer: „Auschwitz, dieser Name steht für eine Schuld, die nicht ver-

geben und vergessen werden darf.“

Er sprach den mehr als 40 Anwesenden aus Hecklingen, Schneidlingen, Groß-Börnecke, Cochstedt, Staßfurt und Bernburg aus dem Herzen, indem er betonte: „Das Wissen um die Vergangenheit ist auch eine verbindliche Verpflichtung für alle Demokraten, ihre Stimme gegen jede Form von Ausgrenzung, Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit zu erheben.“

Der Redner erinnerte an die Millionen Flüchtlinge nach dem 2. Weltkrieg, die mit dazu beigetragen haben, Deutschland zu einem der reichsten Länder der Welt zu machen.

Dennoch darf die in den letzten Jahren vergrößerte Kluft zwischen Arm und Reich nicht dazu führen, dass der Frust

bei den Schwächsten abgeladen wird.

So wie er, sind auch die Anwesenden der Meinung, dass es keinen Grund gibt, gegen friedlich in unserem Land lebende Menschen Stimmung zu machen, sie zu verunsichern oder zu verängstigen.

Mit einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden der Millionen Menschen, die Opfer der Gräueltaten der Nazis geworden waren.

Bei der am gleichen Tag durchgeführten Gedenkveranstaltung in Staßfurt, zu der in diesem Jahr der Oberbürgermeister der Bodestadt aufgerufen hatte, war DIE LINKE ebenfalls vor Ort.

Klaus Magenheimer,
stellvertretender Kreisvorsitzender

Ein spürbarer Wandel vollzieht sich – Zur aktuellen Situation im Stadtrat Nienburg

Es mag anwesende Gäste der letzten Stadtratssitzungen schon ein wenig verwundern, welch neuen Abläufe sich im hiesigen Stadtrat seit der Wahl von Frau Falke zur neuen Bürgermeisterin eingebürgert haben. Zeigt sich doch seit Dezember 2014, dass die vergangene Wahl einige fundamentale Veränderungen mit sich gebracht hat. Zum einen ist ganz klar festzustellen, dass das alte Abstimmungsverhältnis von 18 zu 2 nicht mehr existiert. Ganz neue Konstellationen sind zu Tage getreten und machen uns als Fraktion die Arbeit bedeutend leichter. Das noch bis zur Mitte des letzten Jahres deutlich spürbare und von uns so oft lächelnd betrachtete Lager der so genannten NEP (Nienburger-Einheits-Partei) ist Geschichte. Der Ton zwischen den Fraktionen ist um einiges kritischer geworden und alte Feind- und vor allem Freundbilder werden Schritt für Schritt neu definiert. Die Linken haben zu unserer großen Verwunderung, aber ganz klaren Freude, scheinbar ihren Schrecken verloren und werden endlich gleichrangig behandelt. Und wenn es nur an der kleinen Geste des „sich die Hand geben“ vor dem Beginn einer Sitzung zu merken ist. Es vollzieht sich ein Wandel, der unter dem Strich nur positiv für die Demokratie in Nienburg sein kann. Wo die Gründe für diese Veränderung zu suchen sind, ist sicher vielschichtig zu betrachten. Zum einen hat die Wahl der neuen Bürgermeisterin einen ganz gravierenden Einschnitt in die bisherigen Strukturen mit sich gebracht. Das verbindende Element, in Person des ehemaligen Bürgermeisters, ist verloren gegangen. Mit einem Augenzwinkern könnte man sagen, dass sich der Leitwolf ein neues

und bedeutend größeres Revier gesucht hat. Und das zurückgebliebene Rudel muss sich nun neu orientieren und eine Art des veränderten Zusammenwirkens finden. Dass nun ausgerechnet eine Frau, die nun auch noch deutlich jünger ist als der Altersdurchschnitt der Stadträte, mag einigen Kollegen auch nicht gefallen und ein weiterer Grund für die derzeit stattfindende Entwicklung sein. Besonders auffallend ist dieser Umstand, wenn man einmal zwischen den Zeilen liest, wenn altgediente Stadträte neuerdings solche Fragen stellen, die noch vor einem Jahr undenkbar gewesen wären. Außer natürlich diese Fragen wären aus den Reihen der Linken gekommen. Da werden Zahlen der Verwaltung zur schnellstmöglichen Vorlage angefordert, bestehende Abläufe in Frage gestellt und Mitarbeiter öffentlich kritisiert, für private Krankengeschichten, die sie nach Ansicht der Fragenden, für die eine oder andere Tätigkeit nicht zu qualifizieren scheinen. Besonders fällt in diesem Zusammenhang ein ehemaliger Kampfkandidat für den Posten des Bürgermeisters auf, der seine Freizeit ausgiebig zu nutzen scheint, um nach dem Rechten im und um das Rathaus herum zu sehen. Dort fällt dann beispielsweise auf, dass das Fenster im Büro der Bürgermeisterin trotz des Winterwetters über mehrere Stunden offen steht oder auch, dass der Mitarbeiter des Ordnungsamtes, der für die Verteilung von Strafzetteln verantwortlich ist, nichts Besseres zu tun hat, als seinen ehemaligen Kollegen von der Polizei Getränke und Snacks zu servieren, anstatt diesen ein Knöllchen zu geben, weil sie mal wieder ohne Parkscheibe auf dem Markt stehen.

Was hier wahrscheinlich noch ein wenig amüsant zu sein scheint, verliert aber in dem Moment seinen Humor, wenn die Krankengeschichte einer Mitarbeiterin der Verwaltung im öffentlichen Teil einer Stadtratssitzung breitgetreten wird. Dies ist nicht nur ein klarer Verstoß gegen den Datenschutz, nein es zeugt auch von ganz niederen Absichten und muss aufs Schärfste verurteilt werden. Da hört der Spaß auf und die Verleumdung fängt an. Das hat der entsprechende Stadtrat auch fraktionsübergreifend zu spüren bekommen.

Ich kann an dieser Stelle nur für mich persönlich sprechen, wenn ich sage, dass ich dieser neuerlichen Entwicklung höchst positiv gegenüber stehe und hoffe, dass alter Zwist, der oftmals nur in zwischenmenschlichen Befindlichkeiten zu suchen war, ad acta gelegt werden kann. Es gibt diesbezüglich gerade in der deutschen Historie eine Redewendung, die mir in dieser Zeit häufig in meine Gedanken kommt: „Wandel durch Annäherung“. Verändern durch aufeinander zugehen, alte Gräben hinter sich lassen und neue Brücken schlagen.

Jeder von uns sollte sich mit seiner individuellen Begabung dafür einsetzen, dass trotz und vielleicht auch gerade wegen klammer Haushaltskassen ein lebenswertes Miteinander praktiziert wird und die eigentliche Bedeutung des Wortes Einheitsgemeinde für alle Bürger spürbar wird und sich jeder von uns mit dieser, unserer Stadt Nienburg, identifizieren kann.

*Mathias Henning,
Stadtrat in Nienburg*

Monatliche Veröffentlichung zur Situation Asylbewerber und Flüchtlinge geplant

Am Dienstag, den 20.01.15, trafen sich zivilgesellschaftliche Akteure wie Pfarrer Lewek und Prof. Buhmann, Initiator des Bernburger Montagsforums, Friedel Meinicke als Vertreter des Bernburger Bündnisses für Demokratie und Toleranz und Christian Jethon, Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses, mit Landrat Markus Bauer und der Fachbereichsleiterin Frau Stephan, um über die aktuelle Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Salzlandkreis zu sprechen. Im Gespräch warb der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE/ UWG, Christian Jethon, um mehr Transparenz seitens der Kreistags-

verwaltung. „Eine monatliche Veröffentlichung der aktuellen Zahlen zur Situation der aufzunehmenden Asylbewerber und Flüchtlinge, entsprechend der öffentlichen Vorlage im



*Foto: privat
Christian Jethon befasst sich bei der Kreistagsfraktion u.a. mit asylpolitischen Fragen*

letzten Kreistag, würden die aktuelle Debatte versachlichen“, regte Jethon an. „Auch könnten die Zahlen untermauern, dass die Asylbewerber immer noch einen relativ kleinen Teil der ohnehin geringen Ausländerquote von aktuell 1,96% ausmachen“, so Jethon weiter. Sowohl der Landrat als auch Frau Stephan stimmten dem Vorschlag zu und wollen nun die Zahlen der aufzunehmenden Asylbewerber und Flüchtlinge monatlich auf der Homepage des Salzlandkreises veröffentlichen, um so auch mehr Transparenz herzustellen.

Christian Jethon, stellvertretender Fraktionsvorsitzender DIE LINKE/UWG

Dicker Scheck für Kinder im SOS-Beratungszentrum

Am 21. Januar bekam das SOS-Beratungszentrum in Bernburg eine willkommene Unterstützung: Jan Korte und seine Fraktionskolleginnen und -kollegen aus Sachsen-Anhalt übergaben der Einrichtungsleiterin Gabriele Abendroth-Suchanke eine Spende in Höhe von 8.500 Euro.

Insgesamt 100.000 Euro wurden von sämtlichen Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE aus ihren durch die Diätenerhöhung seit Juli 2014 entstandenen Mehreinnahmen gesamt-



Foto: privat

MdBs beim Basteln-Besuch in der SOS-Beratungsstelle Bernburg

melt und gespendet. Diese Summe wird auf die 15 SOS-Kinderdörfer verteilt. Über die Verwendung der Gelder entscheiden

die Kinder in den einzelnen Einrichtungen mit: In der Bernburger Beratungsstelle werden mit Hilfe der Spende Spielgeräte auf dem Außengelände der Einrichtung angeschafft.

Im 1992 gegründeten Bernburger Beratungszentrum gibt es u.a. ein Stadtteilcafé und eine Kita. Die symbolische Scheckübergabe mit Jan Korte, der Parlamentarischen Geschäftsführerin Petra Sitte sowie Rosemarie Hein und Roland Claus erfolgte direkt an die Kinder der Einrichtung, die sich schon jetzt über die für das Frühjahr geplante Erweiterung des Spielplatzes freuen.

Jörg Lemmert,

Wahlkreismitarbeiter von MdB Jan Korte

Löderburger SeniorInnen besuchen den Landtag

Auf Einladung der Abgeordneten Bianca Görke besuchten am 29.01.2014 32 SeniorInnen

der Umland Wohnungsbaugenossenschaft den Landtag. Die Initiative ging vom rührigen Sozialarbeiter der Umland Wobau – Ingo Müller, aus. Görke und Müller waren beim DTSB bereits Arbeitskollegen und so bedurfte es keiner großen Umwege, sondern wurde über den sprichwörtlichen „kurzen Draht“ realisiert.

Begleitet wurde die Gruppe von der Wahlkreismitarbeiterin Kerstin Karl, die auch noch für jeden ein Infopäckchen geschnürt hatte.

Vor dem eigentlichen Besuch konnten die TeilnehmerInnen die Landeshauptstadt erkunden. Die meisten besichtigten Dom und Hundertwasserhaus oder bummelten durch die Geschäfte der Innenstadt.

Nach der Führung durch die Räume des Landtages und einer Filmvorstellung ergab sich die Möglichkeit, auf der Zuschauertribüne die Landtagssitzung live zu verfolgen. Auf der Tagesordnung war gerade eine Änderung zum Versorgungswerk der Rechtsanwälte. Im Anschluss wurden die Fragen gleich von 2 MdL aus dem Landkreis beantwortet. Sabine Dirlich hat sich spontan bereit erklärt, beim ersten Gästebesuch Ihrer Kollegin Bianca Görke unterstützend zu wirken. Kerstin Karl hatte gebacken und so konnte man auch kulinarisch gerüstet in die Fragestunde starten. Die meisten Fragen betrafen elementare Dinge, wie ärztliche Versorgung, Schließung von Filialen der Krankenkassen, der Öffentliche Personen-Nahverkehr. Das Staßfurter Krankenhaus, zur Freude aller wieder eröffnet, bereitete den Gästen erhebliche Probleme. So kurz nach Über-



Fotos: privat

Die TeilnehmerInnen vor dem Landtag

nahme durch die AMEOS Gruppe sind bereits viele Leistungskürzungen zu verzeichnen. Die Notaufnahme ist nicht mehr mit einem Chirurgen besetzt und langfristige Nachsorgetermine für das Staßfurter Krankenhaus wurden einfach nach Aschersleben verlegt, weil das entsprechende Personal nicht mehr vorgehalten wird.

Das sind drängende Fragen, auf die es leider keine befriedigenden Antworten geben kann, da sie nicht durch Politik regelbar sind.

Trotzdem versprochen beide Abgeordnete, die auch in der Stadt- bzw. Kreispolitik verankert sind, im ständigen Dialog mit den Betreibern zu bleiben, um diese für die Ängste und Nöte zu sensibilisieren.

Die Stunde ging rasch vorüber - mit Eindrücken auf beiden Seiten und klaren Handlungsfeldern, um in Hinblick auf die Bevölkerung, weise Entscheidungen zu treffen.

Ingo Müller bedankte sich bei beiden Gesprächspartnerinnen mit einer Flasche Wein und den mahnenden Worten zur Disziplin im Landtag. „Es war erschreckend von der Tribüne zu erleben, wie undiszipliniert die Abgeordneten sind. Mit Handys und Zeitungslernen beschäftigten diese sich mehr als mit der Thematik“, so seine Eindrücke. Das war vor 4 Jahren noch besser, sein Fazit.

MdL Bianca Görke,

Sprecherin für Erwachsenenbildung

Staßfurter Büroeröffnung mit großer Resonanz

So viele Menschen waren noch nie in diesem Raum, als durch die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE / UWG im Kreistag, Sabine Dirlich, den Bundestagsabgeordneten Jan Korte und den Vorsitzenden der Stadtratsfraktion Staßfurt, Klaus Magenheimer am Donnerstag,

den 12. Februar um 15.00 Uhr die Bürogemeinschaft feierlich eröffnet wurde.

Am neuen Ort, in der Löderburger Str. 94 soll die seit Jahren bewährte Bürogemeinschaft fortgesetzt werden.

In hellen Räumen in der oberen Etage eines Gebäudes des ehemaligen Fernsehgeräte-werkes sind ein Büroarbeitsplatz und ein geräumiger Versammlungsraum entstanden. Gemeinsam mit dem Vermieter haben in den letzten Wochen viele fleißige Helfer angepackt, um das Büro für die Eröffnung fit zu machen.

Zahlreiche Gäste, wie der Oberbürgermeister der Stadt Staßfurt, die Oberbürgermeisterkandidatin Simona Rössing, der Vorsitzende des Regionalverbandes der Kleingärtner, Vertreter des Stadtseniorenbeirates, Mitglieder anderer Fraktionen des Kreistages und des Stadtrates und viele andere nahmen sich am Nachmittag Zeit, um mit Jan Korte, Mitgliedern der Kreistagsfraktion, unter ihnen etliche Ortsbürgermeister, Mitglieder der Stadtratsfraktion, unter ihnen die Landtagsabgeordnete Bianca Görke bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.



Foto: privat

Eröffnungfeier im neuen Staßfurter Büro

Zahlreiche Mitglieder des Ortsverbandes der Partei aus Staßfurt, Hecklingen und der Egelner-Mulde überbrachten ihre Grüße. Mit dabei waren SympathisantInnen der Partei, einige Nachbarn aus dem Haus und die Geschäftsführer des Vermieters.

An der Wand konnten aktuelle Bilder von der umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit der Büronutzer betrachtet werden.

Herzlich wurde um eine Geldspende gebeten, um den vor kurzem abgebrannten Kindergarten in einem Ortsteil von Könnern wieder aufbauen zu helfen.

Über 100 Euro war das Sammelergebnis am Ende der Veranstaltung.

Es wurde jedoch nicht nur geredet, sondern auch um Kenntnisse bei einem politischen Quiz nachgefragt. Der erste Preis war eine Einladung von Jan Korte zum Besuch des Bundestages.

Zum Gelingen der Veranstaltung haben Viele beigetragen. Gedankt sein den Mitglieder der Senioren - Arbeitsgemeinschaft, die für den Kuchen gesorgt haben. Die Fraktionsassistentin Henriette Krebs sowie die Genossinnen Angelika Flügel, Ina Köhnkow, Kerstin Karl und Alexander Behm wirkten ebenfalls aktiv mit.

Klaus Magenheimer, Vorsitzender der Staßfurter Stadtratsfraktion

LINKE Winterferienaktionen in Staßfurt treffen den Nerv der Ferienkinder

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat der Stadt Staßfurt und Oberbürgermeisterkandidatin Rechtsanwältin Simona Rössing wollten Staßfurter Ferienkindern, zu denen alle Schüler, Studenten und Auszubildenden zählten, erlebnisreiche Ferientage in Staßfurt gestalten. So konnten am 09.02. in der Zeit von 9:00 - 12:00 Uhr 116 Ferienkinder auf Einladung von Rössing und den LINKEN das Erlebnisbad besuchen und 1,5 Stunden Badespaß erleben. Eine begleitende Mutti spontan dazu: „Solch tolle Ideen habt nur ihr!“, und bedankte sich somit im Namen ihrer Kinder für die Aktion.

Am Freitag den 13.02. waren dann 26 Ferienkinder und einige begleitende Eltern der Einladung in den Staßfurter Tiergarten gefolgt. Tierpflegerin Frau Meier erzählte, fragte, zeigte in kindgerechter Weise ganz viel zu den Tieren, ihrer Lebensweise und ihrer Ernährung. Und natürlich durften die Kinder das Fell der Kamele und die Haut einer Schlange anfassen. Auch das Füttern der Trampeltiere und der Äffchen trauten sich die meisten



Foto: privat

Begrüßung im Tiergarten

Kinder und waren mit Freude dabei. Simona Rössing zur Aktion: „Erlebnisbad und Tiergarten sind wichtige Einrichtungen in unserer Stadt. Sie zu erhalten, betrachte ich als meinen Auftrag nach der Wahl!“

Ralf-P. Schmidt - Sozialausschussvorsitzender im Staßfurter Stadtrat erklärt: „DIE LINKE will die Kinder- und Jugendarbeit in Staßfurt nicht nur kritisch und qualitativ begleiten, fördern und fordern. Mit unseren Ferienaktionen haben wir gezeigt, dass Aktivitäten zu organisieren oft auch unbürokratisch geht. Wir laden deshalb ausdrücklich zum Nachmachen ein!“

Den Termin im Tiergarten nutzte DIE LINKE Staßfurter Ratsfraktion auch, um die bestehende Tierpatenschaft mit dem Stachelschwein für ein weiteres Jahr zu erneuern. Dazu hatte Stadträtin Angelika Flügel auch eine Futterkiste mit Möhren, Mais und Kohlrabi gepackt. Erfreulich war, dass Kinder und Eltern die Idee aufgriffen und selbst über Futterspenden und Patenschaften mit den Tierpflegern in Dialog traten.

Fazit: Ferien in Staßfurt müssen nicht langweilig sein!

Ralf-P. Schmidt, Wahlkampfleiter im OB-Wahlkampf in Staßfurt

Ortsverband der Linken Saale-Wipper traf sich in Alsleben

Bei der Mitgliederversammlung am 05. Februar in der Gaststätte „Zur Börse“ ging es in der Diskussion um die dringenden Probleme in der Verbandsgemeinde. Da diese die Umlage von den Mitgliedsgemeinden nicht weiter erhöhen will, müssen andere Wege für die Finanzierung von Neuanschaffungen genutzt werden. Dies bedeutet, die Kosten für Erneuerungen - zum Beispiel Erweiterung Feuerwehrgelände, neues Löschfahrzeug und Ähnliches - müssen von den Gemeinden mitfinanziert werden. Diese sollen einen Teil ihrer Investitionspauschale auf die Verbandsgemeinde übertragen. Dabei ist schon Streit im Verbandsgemeinderat vorgeplant, denn jeder Bürgermeister wird die vom Land erhaltene Pauschale nur für seine Kommune nutzen wollen. Große Unterschiede gibt es auch innerhalb der Verbandsgemeinde. Während die Grundschule in Alsleben in einem sehr schlechten Zustand ist, hat Giersleben sogar Whiteboards und Laptops für die 3. und 4. Klasse. Große Schwierigkeiten gibt es auch bei dem Wiederaufbau des Schwimmbades in Alsleben. Hier muss



Foto: privat Der Ortsvorsitzende freut sich über ein neues Mitglied

das Bauamt der Verbandsgemeinde aktiv werden. Wir werden hier auch Druck machen. Zur internationalen Situation mussten wir feststellen, dass die Bundesrepublik mit ihren Waffenlieferungen eine Mitschuld an den kriegsrischen Aus-

einandersetzungen trägt. Unser Ortsverband spricht sich gegen die Geheimabkommen CETA und TTIP aus. Nicht einer Meinung sind wir mit dem Landesvorstand und unserem Kreisvorsitzenden zur Zusammenarbeit der parteilosen linken Abgeordneten im Rat Muldestausee mit Wählervereinigungen und der AfD. Für unsere sehr aktive Arbeit im Jahr 2014 bedankte sich Lothar Boese bei uns allen. Da wollen wir auch in diesem Jahr anschließen. Und so ging es dann an die Vorbereitung der nächsten Aktivitäten. Wir wollen am 8. März wieder Nelken verteilen. Die Fraktion plant, mit anderen Mitstreitern wieder eine Frauentagsfeier durchzuführen. Geplant ist auch noch eine Buchlesung und natürlich am 1. Mai wieder unser Politfrühstücken. Weitere Aktivitäten werden unter anderem unser Sommerfest und eine Reise nach Rhauderfehn - Partnerstadt von Alsleben - sein. Außerdem erhielt der im Jahr 2014 eingetretene Genosse Torsten Querfurth vom Vorsitzenden seinen Mitgliedsausweis.

Ernst H. Brink,
Pressesprecher DIE LINKE Saale-Wipper

50.000 gegen industrielle Landwirtschaft



Foto: privat

Abschlusskundgebung in Berlin

Bereits zum fünften Mal wurde am 17. Januar in Berlin parallel zur Grünen Woche unter dem Motto „Wir haben es Satt“ für eine bessere Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion demonstriert. Auch in diesem Jahr gehörte ich zu den mittlerweile 50.000 Teilnehmern, die für bunten Protest zwischen Potsdamer Platz und Kanzleramt sorgten. Jedes Jahr kommen mehr Demonstrantinnen und Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet dazu, was 2015 sicherlich nicht zuletzt der Angst vor geringeren Verbraucherschutzstandards durch das EU-USA-Handelsabkommen TTIP geschuldet war.

TTIP spielte neben den bekannten Forderungen nach wirksamen gesetzlichem Schutz der Land- und Lebensmittelwirtschaft vor Gentechnik oder den sofortigen Stopp des weiteren Ausbaus von Mega-Ställen in diesem Jahr in allen Redebeiträgen eine große Rolle, so z.B. im Beitrag von Jochen Fritz, Sprecher des „Wir haben es satt!“- Bündnisses: „Das EU-USA-Handelsabkommen dient einseitig global agierenden Konzernen und wird vielen bäuerlichen Betrieben hier und weltweit die Existenzgrundlage entziehen. Gleichzeitig drohen die Verbraucherstandards gesenkt zu werden. Das heißt, mehr Gentechnik im Trog und Hormon-

fleisch durch die Hintertür. Deswegen fordern wir von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, TTIP zu stoppen!“

Auch vor der eigenen Haustür werden die Auswüchse der industriellen Landwirtschaft in letzter Zeit immer deutlicher. An die Auseinandersetzungen um den Bernburger Schlachthof mit den unvorstellbar großen Schlachtkapazitäten z.B. werden sich viele noch lebhaft erinnern können. Hinzu kommen ganz aktuell gleich zwei in der Schweinezucht tätige Betriebe in Sachsen-Anhalt, bei denen die Behörden aufgrund von Tierrechtsverstößen eingreifen mussten.

Diese und andere Missstände wurden in Berlin auch in diesem Jahr wieder von einem überraschend breiten gesellschaftlichen Bündnis angeprangert: Bäuerinnen und Bauern (konventionell und bio, gemüseanbauend und tierhaltend), NaturschützerInnen, TierschützerInnen, ImkerInnen, Erwerbsloseninitiativen und kritische VerbraucherInnen, Fleischesse-riInnen, VegetarierInnen und VeganerInnen. Ein buntes Bündnis und ein beeindruckender und kreativer Protest, von dem man sich im nächsten Jahr unbedingt mal selbst ein Bild machen sollte. Der einfachste Protest ist aber natürlich nach wie vor von zu Hause aus möglich: Unser aller Konsumverhalten z.B. wird auch zukünftig einen entscheidenden Einfluss auf die Qualität von Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion haben.

Jörg Lemmert,
Ortsvorsitzender in Bernburg

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Februar
recht herzlich**

zum 91. Geburtstag
Edeltraut Mäkel

zum 88. Geburtstag
Dorothea Hesse
Gerda Speik

zum 84. Geburtstag
Alfred Müller

zum 83. Geburtstag
Wilhelm Drange
Willi Wolter

zum 82. Geburtstag
Wolfgang Grötschel
Horst Hepting

zum 81. Geburtstag
Helga Wilke
Rolf Splettstößer

zum 75. Geburtstag
Heinz Maiberg

zum 65. Geburtstag
Dietlinde Kaufmann

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Februar Geburtstag haben.**



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
05.03.2015 um 18 Uhr im Fraktionsbüro
in Staßfurt.

**LINKE Aschersleben vor Ort im
Gespräch**

Am 12.03.2015 ab 10 Uhr auf dem
Holzmarkt in Aschersleben

OB-Wahlkampf in Staßfurt

Mehr Informationen zum Wahlkampf
und zur Kandidatin unter
www.dielinke-salzlandkreis.de/wahlen

**Nach dem Wahlsieg für die Linke -
Wie weiter in Griechenland?
Vortrag und Diskussion mit
Dominic Heilig,**

Mitarbeiter der Bundestagsfraktion und
Experte für linke Bewegungen in Südeu-
ropa, am 11.03.2015 um 18 Uhr in der
Gaststätte Alte Molkerei in Bernburg
(Nienburger Straße 16)

Der Kreisvorstand

Der Ortsverband Die Linke Aschersle-
ben trauert um einen verdienstvollen
Genossen und anerkannten Wissen-
schaftler.

Prof. Dr. Helmut Böhme verstarb am
2. Januar 2015 im Alter von 85 Jahren.
Über viele Jahre (1969 - 1983) erfolgte
unter seiner Leitung der Ausbau des
damaligen Zentralinstitutes für Genetik
und Pflanzenforschung Gatersleben zu
einem Zentrum für genetische
Forschung sowie der Aufbau einer
leistungsfähigen Molekulargenetik mit
hoher internationaler Anerkennung.
So genoss Helmut Böhme sowohl als
forschender Wissenschaftler als auch
als Institutsdirektor hohe Achtung,
Vertrauen und Sympathie. Helmut
Böhme war Mitglied der Akademie
der Wissenschaften der DDR, Mitglied
der Akademie der Landwirtschafts-
wissenschaften der DDR, Mitglied der
Deutschen Akademie der Naturforscher
Leopoldina und Herausgeber wissen-
schaftlicher Zeitschriften. Er war mit
Herz und Verstand Sozialist. Seine
politische Grundhaltung war durch
Friedens- und Wahrheitsliebe sowie
durch unbedingte soziale Gerechtigkeit
gekennzeichnet. Helmut Böhme war
aber auch ein kritischer Genosse, der
stets offen sagte, was er dachte.
In den 1990er Jahren gründete er in
Aschersleben den „Politischen Club“, in
dem weltanschauliche Themen nivea-
voll diskutiert wurden. Wir danken von
ganzem Herzen unserem Genossen Hel-
mut Böhme. Ihm gebührt ein respekt-
und ehrenvolles Gedenken.

„Kaffee mit Links“

Am 11.03.2015 ab 16 Uhr gibt es die
nächste Gelegenheit, im Bernburger
Bürgerbüro ins Gespräch zu kommen.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist
der 12. März 2015.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
war der 12. Februar 2015.

Nachruf

In stillem Gedenken
Rudi Baldt



OV Staßfurt
Kreisvorstand

Nachruf

In stillem Gedenken
Ingolf Kunze



BO Bernburg-Talstadt
Kreisvorstand

LINKE Frauentagsveranstaltungen

06.03.2015, 16 Uhr: „Kaffee, Kuchen,
Kabarett“ mit den „KabaRatten“ im Saal
in der Gr. Einsiedelgasse, Bernburg
08.03.2015, 15 Uhr: Kaffee, Kuchen
und Musik mit den „Melonas“ in der
„Gelben Rose“, Könnern
08.03.2015, 10 Uhr: LINKES Frauen-
frühstück im Salzlandcenter, Staßfurt

Ortsversammlung in Bernburg

Alle Mitglieder sind herzlich zur nächs-
ten Ortsversammlung am 18.03.2015
um 18 Uhr in das Begegnungszentrum
der Volksolidarität (Wilhelmstraße 1)
eingeladen.

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE/
UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Die Fraktion tagt am 03.03.2015 ab
18:00 Uhr öffentlich im
Fraktionsbüro Staßfurt. Bereits ab 16
Uhr bietet der stellv. Fraktionsvorsit-
zende Christian Jethon eine Bürger-
sprechstunde an.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-
schluss eingegangenen Artikeln kann die
Veröffentlichung nicht garantiert werden